

Ausländer nicht zu Sündenböcken stempeln!

St. Heirnidis blatt,
Erzbistum Bamberg
86. 1989, Nr. 12 (19.3.89)

Wanderungsbewegungen sind „normal und notwendig“ – Ohne Gastarbeiter wäre unser Wohlstand gefährdet – Akademietagung in Nürnberg griff „heißes Eisen“ auf

Nürnberg. – Die in den letzten Monaten arg hochgespielte Ausländerfrage mit häufig verbundenen Vorurteilen, falschen Ängsten und Abwehrhaltungen war Thema einer Wochenendtagung der Katholischen Akademie in Bayern in Zusammenarbeit mit der Bamberger Diözesanakademie Caritas-Pirckheimer-Haus am 11./12. März in Nürnberg. Dabei sprachen sich fast alle der sieben Referenten wie auch die meisten Diskussionsteilnehmer für mehr Verständnis und einen menschlicheren Umgang mit Aussiedlern, Gastarbeitern und Asylsuchenden aus und widerlegten Befürchtungen vor kultureller Überfremdung. Im Gegenteil: die verschiedenen Nationalitäten könnten – auch im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt – eine interkulturelle Bereicherung sein und unseren durch hohes Geburtendefizit und überalterte Bevölkerungsstruktur gefährdeten Lebensstandard stützen.

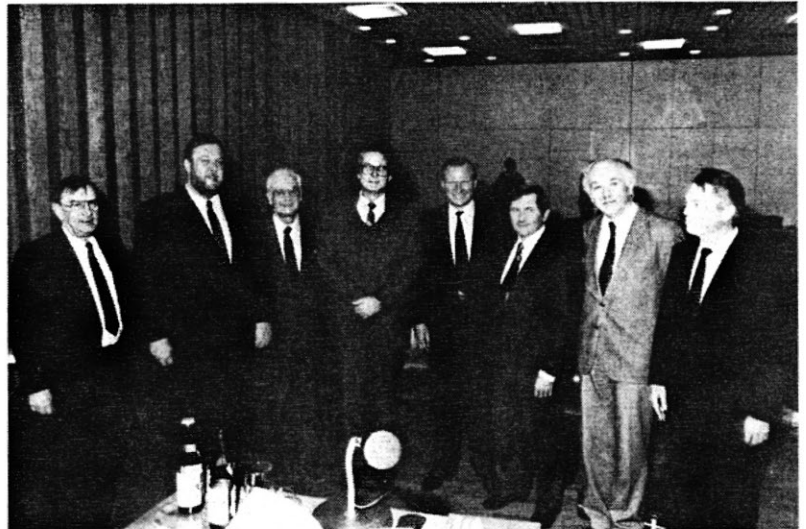
„Kurzsichtige Politik“

Prof. Dr. Henrik Kreutz von der Universität Erlangen-Nürnberg bezeichnete Wanderungsbewegungen als „normal und notwendig“. Die Bundesrepublik habe in 17 Jahren über drei Millionen Menschen verloren, und trotz Wanderungsgewinn schrumpfe unsere Bevölkerung drastisch weiter. Um eine sozialpolitische und wirtschaftliche Katastrophe zu vermeiden, sei Zuwanderung erforderlich und die Aussiedlerpolitik – mit kleinen Einschränkungen – „eine ganz vernünftige Idee“. Bei 1,5 Millionen offenen Arbeitsplätzen ist nach Meinung von Prof. Kreutz nicht Knappheit an Arbeit das Problem, sondern die Disparität und „kurzsichtige Politik“, wie er am Beispiel der vielen arbeitslosen Lehrer aufzeigte. Bemerkenswert sein Hinweis, daß die Ehen zwischen Ausländern und Deutschen stabiler und kinderreicher sind als die zwischen Einheimischen, wo jede dritte Ehe mittlerweile zerbricht. Und türkische Jugendliche Religion (80 %) und schulische Leistungen (67 %) weit höher schätzen als deutsche, bei denen diese nur einen Stellenwert von 29 % bzw. 39 % haben, dagegen körperliche Kraft (67 %) und Einkommen (56 %) als rein materielle Werte an der Spitze stehen.

Gespräch statt Distanz!

Für die wachsenden fundamentalistischen Strömungen bei islamischen Türken sah der Soziologe Defizite unserer nominell christlichen Gesellschaft und erfahrene Ablehnung mit als Ursachen

für diese Gegenreaktion. In der Schweiz, wo 25 % Ausländer leben, sei die Integration viel besser als bei uns, gebe es weniger Distanz und Diskriminierung. Wir sollten das Gespräch mit den Fremden suchen und ihre Einbürgerung erleichtern, statt uns abzuschottern zitierte, angesichts der weltwei-



Die Referenten der Tagung: v.l.n.r. Prof. Korff, K.-H. Hiersemann (SPD), Prof. Kimminich, Prof. Bade, Msgr. Neuhauser, A. Glück (CSU), Prof. Kreutz und Akademiedirektor Henrich.
(Foto: Ewald Wünschel)

ten und eine Änderung des Asylrechts zu fordern. In diesem Zusammenhang warf der in Budapest geborene Sozialanthropologe dem „deutschen Michel“ vor, „nicht genug mobil und weltoffen“ zu sein, sondern sich hinter „Biedermeier- und Zipfelmützenexistenz in Potemkinschen Bildungsdörfern“ zu verschancen.

„Akt der Menschlichkeit“

Auch der Völkerrechtler Prof. Dr. Otto Kimminich von der Universität Regensburg, der über menschliche Schicksale im Spiegel des Rechts referierte, lehnte ein Änderung des im Grundgesetz garantierten Asylrechts für politisch Verfolgte ab. Der umfassende Rechtsschutz müsse gewährleistet sein, auch wenn sich die Verfahren – trotz Beschleunigungsgesetz – durchschnittlich über vier Jahre hinziehen. Jährlich müßten die Gerichte über rund 5000 Asylsuchen befinden, und von den 500 000 Asylberechtigten in Europa wohnen etwa 60 000 im Bundesgebiet. Die abgelehnten Asylbewerber würden meist aus humanitären Gründen geduldet, wobei Kimminich auch Weihbischof Wilhelm Wöste von der Deutschen Bischofskon-

ten Flüchtlingsnot von 15–18 Millionen Menschen politisch Verfolgte und existentiell Gefährdete aufzunehmen. Die Verpflichtung zur Aufnahme von Aussiedlern ergebe sich aus dem Grundgesetz als Kriegslastenfolge und „Akt der Menschlichkeit“.

Deutsche Straßenkehrer in Paris

Zuvor hatte Prof. Dr. Klaus-J. Bade von der Universität Osnabrück an die deutschen Auswanderungswellen im 19. und 20. Jahrhundert erinnert, als über sieben Millionen Landsleute allein in den USA Brot und Arbeit suchten und nahezu 80 000 deutsche Gastarbeiter in Paris als Straßenkehrer und anderes Subproletariat ihren Lebensunterhalt bestritten und dabei von französischen Geistlichen und Armenschulen betreut wurden! Und 1913 – während des Kaiserreichs –

kamen 1,2 Millionen Wanderarbeiter nach Deutschland. Die Bundesrepublik habe längst die Schwelle zu einem Einwanderungsland neuen Typs überschritten und die meisten ausländischen Jugendlichen hätten den Wunsch, Deutsche zu werden. Bade prognostizierte ab Mitte der 90er Jahre für die EG einen „gefährlichen Wettkampf“ um leistungsstarke jüngere Arbeitskräfte, vor allem im Bundesgebiet, die aber durch den Geburtenchwund fehlen. Man sei dann sogar auf Arbeitskräfte aus der Dritten Welt angewiesen!

„Gefahr von Demagogie“

Zur Verantwortung gegenüber fremden und einheimischen Mitbürgern äußerten sich am Sonntagvormittag die CSU- und SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, Alois Glück und Karl-Heinz Hiersemann, sowie der Caritasdirektor der Erzdiözese München-Freising, Msgr. Peter Neuhauser. Glück nannte den Zustrom von Asylbewerbern und Aussiedlern eines der schwierigsten Probleme mit „explosiver Kraft“ und „Gefahr von Demagogie“. Eine Harmonisierung des Asylrechts in der EG

sei dringend nötig. Man müsse dem Mißbrauch wirksam begegnen und abgelehnte Asylbewerber schneller zurückführen, meinte der CSU-Politiker und erwähnte hierbei besonders Polen und Jugoslawen, die das Gros der 103 000 Asylsuchenden im vergangenen Jahr stellten. Nur 8,6 % wurden 1988 als politisch Verfolgte anerkannt (in Frankreich 40 %, in Italien 50 %, wie Hiersemann ergänzte).

Gute Sache verboten

Das kommunale Wahlrecht für Ausländer kann laut Glück nur Folge vollzogener Integration sein, nicht dieser vorausgehen. Zudem lehnten 76 % der 2,6 Millionen Ausländer, die seit über 10 Jahren in Deutschland leben, die Einbürgerung ab. Demgegenüber machte Hiersemann, der im Gegensatz zu Glück für kommunales Wahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft plädierte, erschwerende Richtlinien dafür verantwortlich. Hiersemann warnte vor einem massiven Abzug von Ausländern, der schwere wirtschaftliche und soziale Nachteile für unsere Gesellschaft zur Folge hätte. Allein in die Rentenkassen zahlen Ausländer jährlich 8–10 Milliarden DM. Die heutigen Aversionen und „künstlich aufgeputschte Atmosphäre“ gegen Ausländer (ein Drittel von 4,2 Millionen sind aus EG-Staaten und ab 1993 inländische Mitbürger!) seien Folge einer „unsozialen Politik“ in verschiedenen Bereichen, erklärte der SPD-Politiker und äußerte sein Befremden, daß ein in Erlangen praktiziertes neues Modell des Zusammenlebens von Einheimischen mit Ausländern – auch von kirchlicher Seite unterstützt – von der Regierung Mittelfrankens verboten wurde. „Sowas schafft Verdruß und Feinde!“ fügte Hiersemann hinzu.

Kirche muß ihr Anwalt sein

Caritasdirektor Neuhauser ging vom biblischen Auftrag aus, den Fremden wie sich selbst zu lieben (Lev. 19,34), denn alle seien wir unterwegs und zur Solidarität verpflichtet, rassistische Zungenschläge daher abzulehnen. Ausländer und Flüchtlinge dürfen nicht als Sündenböcke abgestempelt werden, betonte Neuhauser unter dem Beifall der Zuhörer, und gerade die Kirchen müßten ihr „Anwalt“ sein, in Wort und Tat zu einem humanen Umgang mit Fremden beitragen. Beispielhafte Kontakte und Hilfen gebe es erfreulicherweise in vielen Pfarrgemeinden und Kommunen.

„Liebe deinen Nächsten . . . !“

Der Sozialethiker Prof. Dr. Wilhelm Korff von der Universität München betonte, daß Liebesgebot und Menschenrechte zusammengehören. Gerade das Christentum habe in der Neuzeit gewaltige Fortschritte bewirkt, und der Begriff des „aggiornamento“ von Papst Johannes XXIII. enthalte ein ganzes Zukunftsprogramm. Korff sprach von einer „Einheit der Menschheit, die im Werden ist“ und von einem weltweiten Angleichungsprozeß auf vielen Gebieten. Die biblische Grundforderung „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ stehe quer zu allen Abgrenzungen.

An der Tagung, die von Akademiedirektor Dr. Franz Henrich geleitet wurde, nahmen auch die Vorsitzende des Diözesanrates der Katholiken, Hildegard Leonhardt, und der Leiter der Hauptabteilung Bildung beim Erzbischöflichen Ordinariat, Domkapitular Dr. Gerhard Boß, teil.

Ewald Wünschel